

## Die unerträglichen Widersprüche der Ökologie

Stand: 08:53 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Dirk Schümer**



"Die Implikationen apokalyptischer Befürchtungen für die Tagespolitik sind zweischneidig": WELT-Autor Dirk Schümer

Quelle: UIG via Getty Images/ Arterra; picture alliance/dpa/Horst Galuschka

Nach den Menschenrechten und den Tierrechten wird nun die Natur unter besonderen Schutz gestellt. Ist Klimaschutz wirklich die zentrale Frage unserer Zeit? Wie jede Ideologie richten auch grüne „Lösungen“ wiederum viel Schaden an.

Eine ethische Politik, die allen Lebewesen zugetan ist – wer wollte sie nicht? Die mögliche ökologische Bedrohung des Menschen durch den Menschen hat unseren öffentlichen Diskurs aufgeschreckt, durchzogen mit dem Gebot nach fast schon religiös motivierter Umkehr zur Bewahrung der Schöpfung und des Planeten. Am Drastischsten hat diese Stimmungslage die theologisch inspirierte Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt zusammengefasst, als sie den Wunsch äußerte (<https://www.facebook.com/B90DieGruenen/videos/jede-biene-jeder-schmetterling-jeder-vogel/10156762795723219/>), dass „jede Biene und jeder Schmetterling und jeder Vogel in diesem Land weiß: Wir werden uns weiter für sie einsetzen“.

Nun ahnt die Politikerin gewiss, dass Vögel, Bienen und Schmetterlinge noch kein Wahlrecht haben, dass aber ihre Sympathie für diese Zielgruppe bei ihrem Anhang sehr sympathisch

herüberkommt. Man muss auch kein verspätetes Blumenkind sein, um sich die Konsequenzen drastisch verringerter Artenvielfalt vor Augen zu führen. Keine Bienen, keine Pflanzenbestäubung, keine Menschen. Allerdings sind die Implikationen apokalyptischer Befürchtungen für die Tagespolitik durchaus zweischneidig und erzählen uns von Grundwidersprüchen, in die sich grüne Politik notgedrungen verwickelt.

Das Ziel, die strahlende Atomenergie durch Windkraft zu ersetzen, dürfte zum Insektensterben massiv beigetragen haben. Auch die Fledermäuse, die zu Hunderttausenden von den Rotorblättern sauberer Stromerzeuger erschlagen werden, finden im Parteiprogramm der Grünen keine Gnade. Wie bei jeder Ideologie gilt hier frei nach dem Philosophen Hegel: Wenn die Wirklichkeit mit den Ideen kollidiert, umso schlimmer für die Wirklichkeit. Diese triste Erkenntnis ist frei von Schadenfreude, denn naturgemäß wäre eine Welt wundervoll, in der sich jede Handlung zwischen Gut und Böse, ökologisch und umweltschädlich sauberlich trennen ließe.

Im Berufsalltag müssen Politiker jedoch lernen, dass jede ethische Entscheidung gegenläufige Folgen zeitigt. Man erkennt dies an den paradoxen Folgen des Atomausstiegs, wie dies der Manager [Wolfgang Reitzle \(/wirtschaft/plus193053737/Wolfgang-Reitzle-Das-Land-hat-keinen-Anspruch-mehr-an-sich-selbst.html\)](/wirtschaft/plus193053737/Wolfgang-Reitzle-Das-Land-hat-keinen-Anspruch-mehr-an-sich-selbst.html) zuletzt vorgeführt hat.

Nachdem der deutsche Atomausstieg beschlossen wurde, bauten Nachbarstaaten wie Frankreich weiter Kernkraftwerke, deren Ökobilanz neben Wasser die positivste aller Energieträger ist; häufig liegen solche AKWs nahe der deutschen Grenze und unterliegen gesetzlich weniger strengen Standards als die deutschen Meiler. Zu allem Überfluss importiert Deutschland jetzt bereits teureren Atomstrom von den Nachbarn, weil die deutschen Netze auch mit Windrädern voller Bienen- und Fledermauskadaver nicht betrieben werden können.

Die Paradoxien gehen weiter: Würde man Deutschland weiter flächendeckend mit Rotoren zapflastern, hätten ausgerechnet die naturverbundenen Grünen die größte Landschaftsvernichtung des postindustriellen Zeitalters zu verantworten.

Eine Europapartei des jugendlichen Aufschwungs wie Volt fordert deswegen ganz bewusst gegen Klimaerwärmung durch CO<sub>2</sub>-Gase die verstärkte Nutzung der Atomenergie. Als sich die schwedische Aktivistin Greta Thunberg ganz ähnlich äußerte, mussten die inneren

Widersprüche grüner Ideologien schnell und notdürftig gekittet

(/politik/deutschland/article190618117/Greta-Thunberg-aendert-Meinung-zur-Atomkraft-Sprecher-wendet-sich-an-Zeitung.html) werden: Man sei gegen Atomstrom ebenso sehr wie gegen Treibhausgase.

Nun kann man sich füglich fragen, was es dem Weltklima nutzt, wenn man Dieselautos die Fahrt durch die Stuttgarter Innenstadt verbietet, in Indien und China aber wöchentlich neue Kohlekraftwerke ans Netz gehen, um den steigenden Energiebedarf von bald zehn Milliarden Menschen zu decken. Das Mantra der grünen Ethik, dass keine Nation allein den Klimawandel stoppen kann, gilt leider auch im Schlechten.

Deutschland, ja, selbst Europa kommt nicht an gegen die ökologische Ausbeutung des Planeten durch die Industrialisierung Asiens und den gigantischen Geburtenüberschuss Afrikas. Da es aber ethisch fragwürdig wäre, den Menschen in Indien Strom, Mobilität, Konsumgüter nach unseren lieb gewonnenen Gewohnheiten zu verweigern und sich gerade Kirchen und Entwicklungshelfer scheuen, sich in die Geburtenplanung bettelarmer Nationen einzumischen, konzentriert man sich diskursiv lieber auf beherrschbare Nebenkriegsschauplätze: Katalysatoren am Moped, Dämmschutzwände am Neubau, Einschränkung von Flugverkehr (/politik/ausland/article193673717/TV-Duell-Europawahl-Frans-Timmermans-fuer-Verbot-von-Kurzstreckenfluegen.html).

## **Weniger Twitter, besseres Klima**

Dabei ist es weniger die Frage, ob das alles nützlich und durchdacht ist, sondern ob es messbar irgendetwas an der Misere verändert. Schon das Hoch aufs Elektroauto unterschlägt die immensen Umweltkosten für Batterien und die Aufladung der Batterien.

Wer sich für die Zukunft der demonstrierenden Schüler einsetzt, könnte ja einmal die ethische Belastungsprobe des Stromverbrauchs durchs Internet auf die Tagesordnung bringen. Ein paar Tage, Wochen, Monate ohne Handy, somit ohne Instagram, Twitter und WhatsApp würden dem Weltklima nicht nur ökologisch, sondern vielleicht sogar intellektuell aufhelfen. Doch man mag sich den Aufschrei beim elektrischen Entzug lieber nicht vorstellen.

Die Hysterie von Endzeitszenarien (/191374783) bedroht jetzt bereits das friedliche Zusammenleben. Wer an den Auftrag glaubt, den Untergang von Bienen, Schmetterlingen, Blumen und Menschen durch eigenes Reden und Handeln zu stoppen, muss sich für dieses hehre Ziel kaum an die Gebote der Skepsis, der Mäßigung und der Argumente halten, auf denen unser Rechtsstaat beruht. Daher der zunehmend hasserfüllte Ton in einer Debatte, die doch vorgibt, sich für den Frieden zwischen Mensch und Tier und Pflanze einzusetzen.

Wie immer in religiös und ideologisch aufgeheizten Epochen kommen da Speisegebote ins Spiel. Vegetarier und Veganer wirken als Musterbeispiele des ökologischen Pazifismus. Lassen wir einmal beiseite, warum das Zermahlen und Zerbeißen wehrloser Pflanzen friedfertig sein soll, bleibt die Tatsache, dass ohne das Eingreifen des Menschen in die Nahrungskette Nagetiere, Insekten, Wildschweine längst die Erträge unserer unökologischen Plantagenwirtschaft aufgefressen hätten. Nach einigen Zyklen müssten Menschen verhungern, wenn Jäger und Vertilger die Veganer nicht vor ihren natürlichen Feinden bewahren würden – um sich dafür von den selbst ernannten Reinen auch noch verachten zu lassen.

Die Ethik in Politik und Gesellschaft ist also eine komplexe Sache. Ohne kommen wir nicht aus. Doch nur den Hypermoralisten ist dadurch gedient, die eigene Position ideologisch zu verabsolutieren und abweichende Meinungen zu verteufeln. Ein Weiter-So ohne Nachdenken über die ökologischen Folgen ist verantwortungslos. Doch sollte auch keine Politikerin, kein Aktivist so tun, als gäbe es eine grüne Allzweckethik, mit der sich die Widersprüche der Ökologie lösen lassen.

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

---

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  799

NEIN  21

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/194398271>

>